

## Demoteilnehmerzahlen 13.09.

Aachen 100, Altenburg 500, Angermünde 450, Apolda 130, Arnsberg 30, Aschaffenburg 10, Aschersleben 700, Aue 800, Augsburg 150, Balingen 100, Bamberg 50, Bergkamen 40, Berlin 20.000, Bielefeld 400, Bochum 500, Bonn 150, Bottrop 100, Brandenburg 550, Braunschweig 150, Bremen 300, Bruchsal 80, Chemnitz 3.000, Cottbus 1.500, Darmstadt 200, Dessau 2.000, Detmold 200, Dortmund 500, Dresden 2.000, Duisburg 400, Düsseldorf 300, Eisenach 250, Eisenhüttenstadt 600, Emden 130, Erlangen 50, Essen 400, Esslingen 50, Flensburg 138, Frankfurt/M. 1.000, Frankfurt/O. 400, Freiburg 220, Friedrichshafen 20, Fulda 100, Gera 1.700, Gießen 100, Gladbeck 80, Göppingen 20, Görlitz 850, Göttingen 300, Gotha 150, Greifswald 300, Greiz 500, Güstrow 300, Hagen 250, Halle/S. 1.500, Hamburg 500, Hanau 80, Hannover 200, Hattingen 90, Heide 150, Heidelberg 180, Heidenheim 55, Heilbronn 200, Herford 100, Herne 270, Herten 100, Hohenstein-Ernstthal 150, Illmenau 150, Jena 800, Karlsruhe 400, Kassel 550, Kempten 50, Kiel 400, Köln 800, Königs Wusterhausen 120, Krefeld 250, Kyritz 200, Leipzig 7.500, Lindau 13, Lübeck 300, Lüdenscheid 60, Ludwigsburg 70, Lünen 70, Magdeburg 4.000, Mannheim 500, Marl 30, Marburg 165, Merseburg 800, Minden 100, Mönchengladbach 150, Mühlheim 200, München 450, Münster 190, Naumburg 100, Neukirchen-Vluyn 20, Nordhausen 600, Nürnberg 700, Oberhausen 100, Oldenburg 300, Oranienburg 450, Paderborn 60, Peine 30, Pforzheim 90, Plettenberg 40, Pößneck 250, Potsdam 500, Raststatt 40, Recklinghausen 180, Reutlingen 100, Remscheid 140, Rheinfelden 60, Ribnitz-Dammgarten 200, Riesa 250, Rostock 3.000, Rügen 200, Rüsselsheim 75, Saalfeld 800, Saarbrücken 400, Schwäbisch Gmünd 80, Schwedt 500, Schweinfurt 50, Schwerin 1.000, Senftenberg 700, Siegen 30, Sonneberg 100, Spremberg 500, Staßfurt 600, Stollberg 750, Stuttgart 400, Suhl 200, Tangerhütte 350, Torgau 600, Tübingen 400, Ulm 90, Villingen 70, Waiblingen 30, Waren 100, Wedel 6, Weimar 300, Weißenfels 200, Wilhelmshaven 170, Wismar 100, Witten 80, Wittenberge

200, Wittstock 300, Wuppertal 550, Zehdenick 400, Zeitz 700, Zossen 300, Zwickau 2.000  
Insgesamt: 86.832

(Quelle: [www.indymedia.org](http://www.indymedia.org))

## telegraph

ostdeutsche zeitschrift++

greifswalder str. 4 | 10405 berlin  
fon. (030) 444 56 22 | fax. (030) 444 56 23

internet: [www.telegraph.ostbuero.de](http://www.telegraph.ostbuero.de)  
email: [telegraph@ostbuero.de](mailto:telegraph@ostbuero.de)  
nachrichten: [www.ostblog.de](http://www.ostblog.de)  
v.i.s.d.p.: prenzelsberg dokumentation e.v.

Der *telegraph* ging im Oktober 1989 aus der linken DDR-Oppositionszeitschrift *Umweltblätter* hervor. Diese Samisdat-Zeitschrift wurde zwischen 1986 und 1989 zum bedeutendsten und meist verbreitetsten Informationsblatt der DDR-Opposition.

Herausgegeben wurden die *Umweltblätter* von der Ostberliner Umweltbibliothek. Im Oktober 1989 stellte sich der zweimonatige Erscheinungsrhythmus der *Umweltblätter* als zu schwerfällig und ungeeignet dar. Ein schnelles Medium musste her, das alle paar Tage erschien und das Wichtigste über die aktuellen Ereignisse unabhängig und kritisch berichtete. Das war die Geburtsstunde des *telegraph*. Bis zum Dezember 1989 war er der einzige unabhängige Berichterstatler über den Umbruch in der DDR.

Seit 1989 erscheint der *telegraph* regelmäßig und dokumentierte den Übergang von einem System zum anderen. Die Redaktion, die zu großen Teilen aus der linken DDR-Oppositionsbewegung kommt, versucht das neue System kritisch zu beobachten und sich im Rahmen seiner Möglichkeiten einzumischen. Der *telegraph* berichtet über neue Widerstandsformen unter neuen Verhältnissen, über Bürgerbewegungen und Emanzipationsbewegungen in Ostdeutschland und international, wie auch über die Auswirkungen der neoliberalen Politik und neuen Gegenmodellen. Bisher erschienen 110 Ausgaben.

# telegraph

ostdeutsche zeitschrift++

MONTAG, 20. SEPTEMBER 2004

SONDERAUSGABE

#2

## Auf Dich kommt es an, nicht auf alle!

Der Wahlerfolg der neofaschistischen Parteien wird das politische System dieser Bundesrepublik nicht erschüttern. Die Theorie der Regierungsparteien steht schon fest: die Anti-Hartz-Protteste haben einen Populismus befördert, der nun den Rechten den Weg bereitet hat. Tatsächlich steht der Wahlerfolg von NPD und DVU aber am Ende der erfolglosen Proteste. Kaum einer glaubt mehr, Hartz IV sei zu verhindern. Wir brauchen Strategien über den 2. Oktober und über den 1. Januar 2005 hinaus. Für die Protestbewegung im Osten ist es höchste Zeit zu einer Besinnung. Denn die Wochen der großen Sprüche von Kanzlersturz und „breiter Volksbewegung“ sind vorbei.

Warum nehmen die Teilnehmerzahlen der Demonstrationen ab? Wie ist die Lage der Proteste vor Ort in der 6ten, 7ten, teils 8ten Woche? Warum gelingt es den Neonazis, sich auf Demos zu halten? Wo sind Verbündete zu finden? Wie sind die Chancen für eine Mobilisierung im Westen? Was können wir mit den Gewerkschaften erreichen, die die Kollegen selbst in unmittelbar betroffenen Bereichen nur noch zum geordneten Rückzug zusammenbringen? Was machen wir mit der großen Spaltung, daß nämlich die Arbeitslosen demonstrieren können, bis ihnen die Beine abfallen – während die Beschäftigten zusehen, wie sie die wöchentliche Maloche hinter sich bringen? Es geht um den Inhalt der Proteste, und nicht darum, wer am lautesten oder am schnellsten ist. Solidarität ist eben nicht selbstverständlich, schon gar nicht unter den Betroffenen von Arbeitszwang und Sozialkürzung.

Die richtige Richtlinie, die alle diese Fragen korrekt beantwortet, hat keine der heute aufrufen

fenden Gruppen und keiner der Demonstranten in der Schublade oder auf den Lippen. Es ist nicht angenehm, das zuzugeben. Die Versuchung ist daher groß, die Widerstände einfach zu ignorieren und die Flucht nach vorn anzutreten. Dies ist die alte SED- Strategie (und Strategie anderer führender Parteien), die „unseren“ Menschen die Fragen und Widersprüche nicht zumuten will, die einfache, „klare“ Lösungen anbietet, weil die realen Probleme für die „einfachen“ Menschen zu kompliziert sind und uns arme Dummköpfe nur verwirren können. Es gibt aber auch den anderen Weg, der die unausweichlichen politischen Konflikte, die unterschiedlichen, auch falschen Antworten, die gegensätzlichen, auch gefährlichen Positionen, die auf der Straße, hier unter uns anzutreffen sind, nicht wegredet oder ignoriert.

Nicht in einem stalinistischen Geschichtsfahrplan irgendwelcher „Marxisten-Leninisten“ sind historisch notwendig die nächsten **Schritte** vorgeschrieben, so daß wir nur noch brav folgen müssen. Im Gegenteil: Es reicht nicht, mehr oder weniger richtige Forderungen an „die da oben“ zu richten. Die erste Forderung geht an uns selbst: die Bildung handlungsfähiger Gruppen, in denen die Einzelnen nicht eingereicht werden, sondern zusammenarbeiten können. Es geht um politische und soziale Organisationen, in denen die Erfahrungen ermü-

## Inhalt

- 1: Auf Dich kommt es an ... , S. Gerhardt
- 2: Solidarität ist keine Einbahnstraße
- 3: Interview mit B. Papenfuß
- 4: Reden über den Systemwechsel, B. Gehrke
- 5: NEWS zur Agenda 2010
- 6: 2. Erklärung ehemaliger DDR-Oppositioneller
- 7: Nazis auf den Montagsdemos
- 8: Übersicht - Teilnehmerzahlen der Montagsdemonstrationen

dender Konkurrenz und alltäglichen Klassenkampfes verarbeitet werden können. Mit denen ist dann auch den Nazis zu begegnen.

»Wenn du sowohl den Feind als auch dich selbst kennst, kannst du ohne Gefahr hundert Kämpfe ausfechten. Wenn du nicht den Feind und nur dich selbst kennst, kannst du siegen oder geschlagen werden. Wenn du sowohl den Feind als auch dich selbst nicht kennst, wirst du in jedem Kampf eine Niederlage erleiden.« (Sun Zi: Über die Kriegskunst)

Sebastian Gerhardt

Haus der Demokratie und Menschenrechte

### **Solidarität ist keine Einbahnstraße: Weg mit Hartz IV**

Der DGB und die Einzelgewerkschaften haben bei den Massendemonstrationen der vergangenen Wochen gegen Hartz IV kaum organisierend eingegriffen. Von den Bundesvorständen wurde der Protest verbal begrüßt, alles andere aber den regionalen Gliederungen überlassen. Am 3. April noch waren die Gewerkschaften an der Organisation des Europäischen Aktionstages gegen Sozialabbau führend beteiligt. Jetzt, wo wiederum zehntausende Menschen gegen Hartz IV auf die Straße gehen, stehen die Gewerkschaften abseits. Auf dem Perspektivenkongress Mitte Mai wurde von den Gewerkschaften, vor allem ver.di, versucht, das Bündnis mit den außerparlamentarischen Bewegungen zu vertiefen. Jetzt werden diese im Regen stehen gelassen.

Mit Hartz IV werden Erwerbslose gezwungen, für „Wohlfahrtsleistungen“ zukünftig so genannte 1-Euro-Jobs anzunehmen. Per Gesetz wird so flächendeckend ein Niedriglohnbereich eingerichtet. Schon jetzt überschlagen sich Arbeitgeber, Wohlfahrtsverbände und Gemeinden mit Angeboten an „Arbeitsgelegenheiten“. Hartz IV bedeutet nichts weniger als einen Richtungswechsel in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik und wird unsere gewerkschaftliche Arbeit im Mark treffen.

Dennoch schränken die Vorstände von IG Metall und ver.di ihre Kritik an Hartz IV wieder ein. Jürgen Peters sieht eine „neue Qualität“ in den

Gesprächen mit dem Bundeskanzler, Frank Bsirske fordert zu „differenzierter“ Beurteilung der Hartz-Gesetze auf. Die von den verschiedenen örtlichen und überregionalen Bündnissen für den 2. Oktober geplante Großdemonstration in Berlin wird von den Bundesebenen der Gewerkschaften nicht unterstützt. Statt dessen heißt es u.a. bei ver.di: „Zum gegenwärtigen Zeitpunkt spricht mehr für die Fortsetzung und Intensivierung der regionalen Aktivitäten.“ Eine Beerdigung zweiter Klasse! Angesichts des massiven Abbaus sozialer Rechte der lohnabhängig Beschäftigten – denn auch Erwerbslose sind Lohnabhängige – warnt der DGB-Vorsitzende Sommer sogar vor „Rattenfängern“. Gewerkschaftliche Solidarität sieht anders aus!

Die Proteste und Demonstrationen gegen Hartz IV bieten die Gelegenheit eines strategischen Bündnisses zwischen Gewerkschaften, Erwerbslosen- und sozialen Initiativen. Und dieses Bündnis ist nötiger denn je. Die Massenarbeitslosigkeit übt schon jetzt enormen Druck auf Löhne und Arbeitszeiten aus. Unsere Tarifverträge bekommen immer mehr Löcher und Risse. Hinter der reihenweisen Erpressung der Belegschaften steht die Angst vor Arbeitslosigkeit. Zwischen fünf und sieben Millionen Erwerbslose konkurrieren mit rund 25 Millionen Vollzeit- und weiteren rund vier Millionen Teilzeitbeschäftigten um Lohnarbeit. Mit Hartz IV wird diese Konkurrenz noch wesentlich schärfer.

Ob beim Kampf der IG Metall für die 35-Stunden-Woche in Ostdeutschland, ob im Kampf gegen die Privatisierung im Öffentlichen Dienst: Zu oft müssen wir die fehlende öffentliche Unterstützung beklagen. Es liegt an uns, dies für zukünftige Kämpfe zu ändern. Hartz IV, Agenda 2010, Arbeitszeitverlängerung, Lohnsenkungen – all dies sind gesellschaftliche Angriffe, denen wir ein gesellschaftliches Bündnis entgegensetzen müssen. Wenn wir Solidarität einfordern, müssen wir selber solidarisch handeln.

Wir unterstützen die Großdemonstration am 2. Oktober 2004 in Berlin und fordern die Bundesvorstände der Gewerkschaften auf, diese Demonstration ebenfalls zu unterstützen. Die Folgen von Hartz IV werden erst in ein paar Monaten voll zu Tage treten. Der Kampf gegen Hartz IV und die Agenda 2010 endet nicht am 1. Januar 2005.

### **Nazis auf den Montagsdemos**

#### **Schlaglichter aus einigen Städten:**

Zum vierten Mal durften bekannte Neonazis aus **Mönchengladbach** und Umgebung (auch aus dem Aachener Bereich) an den Hartz IV-Protesten teilnehmen. Antifas, die versuchten dies zu verhindern, wurden von anderen Demonstrationsteilnehmern beschimpft und aufgefordert die Demo zu verlassen, weil die Antifas Schuld seien, dass die Leute ausbleiben. Sich ihrer Sache sicher packte die NPD Fahnen und Wahlmaterial aus und verteilte diese. Weitere Gegenaktionen der Antifas wurden von der Polizei unterbunden. Nach ca.40 Minuten spaltete sich die Veranstaltung in zwei weitere auf (insgesamt waren nur 150 Personen anwesend). Die Antifas und die Nazis zogen unabhängig voneinander Richtung Bahnhof und stießen dann aber nach 80 Metern aufeinander. Beide Spontandemos wurden von der Polizei aufgelöst. (*Indymedia/Antifa*)

In **Leipzig** waren ebenfalls wieder Nazis bei der Abschlusskundgebung. Die Veranstalter forderten die Polizei auf, die Nazis als unerwünscht von der Demo zu entfernen. Das tat diese jedoch nicht. Die Polizei begründete das androhte Bußgeld und das Nichtentfernen der Nazis mit dem Versammlungsrecht. Antifas stellten sich direkt vor die Nazis und verdeckten deren Transpis mit anderen Transpis. Dieses Spielchen lief solange, bis die Nazis verschwanden. Sie wurden dann von der Polizei zum Hauptbahnhof eskortiert. (*Indymedia*)

In **München** standen Nazis des „Aktionsbüro Süddeutschland“ relativ unbemerkt 5m neben der Kundgebung. Umringt von ca. 25 Polizisten. (*Indymedia*)

Auf der fünften Montagsdemo in **Oranienburg** bei Berlin beteiligten sich wie schon bei den vorangegangenen Demonstrationen stadtbekannte Neonazis der Berliner Alternative Süd- Ost [BASO], der Autonomen Nationalisten Berlin [ANB] und des Märkischen Heimatschutz [MHS], diesmal jedoch mit eigenem Block und Transparenten. Die Organisatoren DGB, die PDS sowie der „Gesprächskreis linker Sozialdemokraten“ ließen sie gewähren und verweigerten eine Distanzierung. Lediglich als die Nazis bei der Abschlusskundge-

bung durch laute Parolen die Demonstration dominierten sah sich ein Redner genötigt, den Neonazis zu erklären, dass sie unerwünscht seien. Wie nicht anders zu erwarten, folgten den Worten keine Taten.

(*Antifa Oranienburg / Infuriot*)

In **Riesa** nahmen rund 250 Personen an einer Demonstration teil, an der auch die NPD beteiligt war. Einer Rede von Holger Apfel, dem sächsischen NPD-Spitzenkandidaten für die Landtagswahl, wohnten jedoch nur 30 Personen bei. (*Stern*)

In **Gera** ist die Teilnahme von Nazis seit sechs Wochen Normalzustand. Am 13.9. nahmen etwa ein Dutzend Nazis teil. „Ich begrüße alle, ausdrücklich alle“, ließ ein Redner der Veranstalter, der „Initiative für soziale Gerechtigkeit“, zu Beginn der Veranstaltung verlauten. Die Ordner der Organisatoren einigten sich in Kooperation mit der Geraer Polizei lediglich darauf, einige Nazis an das Ende des Zuges zu dirigieren. Ungestört blieb jedoch Christian Bärthel, Mitglied der NPD nahe Deutschen Partei (DP), obwohl er letzte Woche Flugblätter mit der Aufschrift „CDU und SPD Volksvernichtung ohne Cyklon B“ und einer Kontaktnummer zur „Kommissarischen Staatsvertretung des völkerrechtlich fortbestehenden Deutschen Reiches“ verteilte und ein gleichlautendes Plakat trug. Ebenso ein Paar, welches noch am 16. August mit T-Shirts der verurteilten Naziband „Landser“ und Pöbeleien gegenüber AntifaschistInnen aufwartete. Auf der Abschlusskundgebung standen die Nazis dann wieder direkt vor dem Podium. Die Organisatoren begründen ihr Nichtverhalten mit Aussagen wie: „Wir haben schon genug gegen Rechts gemacht“ oder „Wenn ihr (Antifa) die Nazis provoziert, rennen uns die Leute weg, es geht hier um Harz IV“. Über das „offene Mikrofon“ gab es offene rassistische Hetze und die ersten „Ausländer raus“- Parolen. Auf der Abschlusskundgebung hielten zwei Redner offen rassistische Beiträge. Bei Sätzen wie: „Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg.“ oder „Wir wollen keine Ausländer hier.“ wurde frenetisch applaudiert.

(*Indymedia/Antifaschistische Aktion Gera*)

## NEWS zur Agenda 2010

### Offenlegung von Chefgehältern

Die Vorstände der großen Aktiengesellschaften in Deutschland sollen verpflichtet werden, ihre Gehälter genau zu veröffentlichen. Das ist der wichtigste Inhalt einer Gesetzesinitiative, die die Grünen vorbereiten. „Es ist unlogisch, dass Bundesjustizministerin Brigitte Zypries bis zum Jahr 2005 warten will“, sagte Wirtschaftspolitiker Fritz Kuhn der taz. Brigitte Zypries (SPD) hat den Unternehmen eine Schonfrist bis Mitte kommenden Jahres eingeräumt. Ändern will Kuhn das Handelsgesetzbuch. Das schreibt bislang nur vor, dass die Vorstandsbezüge pauschal veröffentlicht werden. Die Gesetzesinitiative solle das „Vertrauen der Anleger und die Investitionsbedingungen in Deutschland verbessern“, sagte Kuhn. (Quelle: TAZ)

### Stromkonzerne verdienen sich dumm und dämlich 2

Die vier großen Energiekonzerne in Deutschland würden nach den geplanten Preiserhöhungen beträchtliche Zusatzgewinne erzielen. Laut „Financial Times Deutschland“ sichern sich E.ON, Vattenfall Europe, RWE und EnBW: „Etwa 1,1 Milliarden Euro an zusätzlichen Erträgen wenn sie ihre angekündigten Preissteigerungen durchsetzen.“ (Quelle: Spiegel Online)

### Zweite Erklärung von Angehörigen ehemaliger DDR-Oppositionsgruppen

An die Mitglieder, Vertrauensleute, Betriebsräte, Angestellten und Vorstände der Gewerkschaften der zehn alten Bundesländer.

Seit sechs Wochen versammeln sich im Osten jeden Montag Zehntausende auf den Straßen. Sie demonstrieren gegen die Agenda 2010, die Hartz-Gesetze, den weiteren sozialen Absturz mit dem Viele im Osten (ob Arbeiter oder Akademiker) in den letzten fast anderthalb Jahrzehnten ihre Erfahrungen gemacht haben.

Es geht nicht nur um Geld und um Arbeitsplätze! Es geht um Gerechtigkeit, um ein Leben in Würde und um Selbstachtung!

Nachdem sich die Protestwelle nicht beru-

higt hat, begannen manche Medien mit einer Rufmordkampagne gegen die Demonstranten: Sie berichten von „manipulierten“ Leuten, fälschen regelmäßig die Zahl der Demonstrationsteilnehmer, und behaupten, Rechte und Linke würden die Demonstrationen instrumentalisieren.

Sie warnen scheinheilig vor der Unberechenbarkeit des sogenannten Pöbels! - Ihre Strategie besteht darin, die gesamte Empörung zu einem Ostproblem zu machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Osten ist zu einem Versuchslabor für soziale Demontage gemacht worden, was hier ausprobiert worden ist, wird nach und nach auch Euch erreichen.

Billiglohnssektoren werden weiter ausgedehnt, die Tarife gedrückt, Zwangsarbeit wird eingeführt, der Datenschutz ausgehebelt, die Wochenarbeitsstunden werden erhöht.

Das politische Ziel ist nicht die Schaffung von Arbeitsplätzen, sondern die Annullierung der Ergebnisse von mehr als einhundert Jahren Arbeitskampf und damit auch die Zerschlagung der Gewerkschaften.

### Wir rufen Euch auf:

Solidarisiert Euch mit den Demonstrationen und Protesten in Eurem eigenen Interesse. Der Osten wird es allein nicht schaffen. Diskutiert und mobilisiert in den Betrieben, fordert Eure Vorstände endlich zum Handeln auf, ergreift selbst Initiative, und unterstützt die gemeinsame Demonstration am 2. Oktober 2004 in Berlin.

Überlegt, wie Ihr in den Arbeitsämtern die Durchführung dieser *asozialen* Gesetze behindern könnt.

Streut Sand ins Getriebe, dazu gehören auch ziviler Ungehorsam und Regelverletzungen. Lasst uns gemeinsam überlegen, wie die Gesellschaft aussehen soll, in der wir leben wollen! Reden wir miteinander! Handeln wir gemeinsam!

Berlin, den 17.09.2004

(55 Unterschriften)

Kontakt: Email:nforum@aol.com

Tel.: (03338) 707476

Sebastian Gerhardt (GEW), Daniel Behruzi (ver.di), Stefan Müller (IG Metall), Angelika Wernick (ver.di), Steffi Nitschke (ver.di, Betriebsrätin Klinikum Kassel), Andreas Vogt (ver.di, Personalratsvorsitzender Bezirksamt Berlin-Mitte)

Kontakt: Stefan Müller, mueste300@web.de, Sebastian Gerhardt, moominek@aol.com

### Interview mit Bert Papenfuß (Autor, Redakteur der Zeitschrift *Gegner*)

In der DDR, insbesondere im Herbst 89 haben Intellektuelle und Künstler immer wieder Kritik an den herrschenden Verhältnissen geübt. Warum melden sich heute so wenige in Sachen Sozialabbau, Agenda 2010 und den Montagsdemos zu Wort?

Heutzutage sind Intellektuelle und Künstler entweder in den Kulturbetrieb, der ein Markt ist, integriert, und somit saniert bzw. halbsaniert, oder aber ausgeschlossen, deklassiert und untergebuttert. Die Sanierten fürchten um ihre Pöstchen und Pfründe, sie meinen, sie hätten etwas zu verlieren und opportunieren vor sich hin. Die Untergebutterten haben zwar nichts zu verlieren, rafften sich aber nicht zu solidarischen Aktionen auf, weil sie ihre persönlichen materiellen und ideellen Probleme in Trab bzw. Depression halten. Bis auf Ausnahmen. Die durchgreifenden kapitalistischen Tugenden Geiz, Neid und Eifersucht verhindern hier wie dort emanzipatorisches Engagement. Bis die Ausnahmen Regel werden.

Du hast durch Deine Arbeit viel mit jungen Musikern und Autoren zu tun. Wie schätzt Du die Stimmung unter ihnen ein?

Die jungen Künstler, mit denen ich zu tun habe und zu tun haben möchte, sind im positiven Sinne desillusioniert und eigenverantwortlich. Sie schlagen sich irgendwie durch, um ihre Lebenshaltungskosten zu bestreiten, und verwirklichen sich in antistaatlichen Zusammenhängen. Kunst wird weniger ver- und gekauft als ausgetauscht. Konsequenterweise ist ein neuer Samisdat entstanden. Ideenreichtum fördert die Aufbruchsstimmung. Wenn jemand allerdings unter den heutigen Umständen

von seiner Kunst, seinem Denken, leben will, muß er bereit sein, seinen Arsch bzw. Kopf zu verkaufen. Das jedoch nehmen nur wenige in Kauf, die meisten bemühen sich um die Veränderung der Umstände. Leider in vereinzelt Zusammenhängen, die es nun zu vernetzen gilt.

Bisher ging man immer von einer gegenseitigen Befruchtung, einem Austausch zwischen Gesellschaft und Künstler aus. Hat sich in den letzten Jahren daran etwas geändert?

Der Austausch zwischen Gesellschaft und Künstlern findet entweder in permanenter Auseinandersetzung, oder, forciert durch revolutionäre Situationen oder deren Vorformen (Krisen), statt. Künstler neigen nicht per se zu radikalen Haltungen, Gärung ist oft ambivalent. In den letzten Jahren brillieren sie vorwiegend mit Schmuttelkram und anderem massenmedienkompatiblem Spektakel, und ziehen allerlei Unwillen, Hohn und Spott auf sich. Dieser Prozeß ist durchaus gewollt, er zielt darauf ab, die gegenseitige Entfremdung zu beschleunigen. Wo allerdings zugeschissen wird, muß man auch zurückschießen – um mal den saloppen Ton der aktuellen Medienkompatibilität zu verhöhnepiepeln.

Was können Künstler und Intellektuelle in der aktuellen Auseinandersetzung bewirken?

Künstler und Intellektuelle können Zeichen setzen, indem sie sich den kommerziellen und staatskonformen Medien entziehen, Verlage und andere Institutionen boykottieren. Ein „Kunststreik“ hingegen wäre sinnlos, würde lediglich als eine weitere „Kunstaktion“ gewertet. Künstlerischer und intellektueller Populismus ist ebenfalls ungeeignet, würde als Anbiederung begriffen. Eine linke, radikale, zornige Auseinandersetzung mit sozialen Mißständen kann die Entfremdung zwischen der Gesellschaft und „ihren Künstlern und Intellektuellen“ beseitigen. Im Gegensatz hierzu sind extreme, haßerfüllte, und somit rechte, Positionierungen selbstverständlich zu bekämpfen. Gemeinsame Aktionen fördern das Verständnis füreinander.

## Reden auch wir wieder über den notwendigen Systemwechsel!

Zur Desinformations- und Verleumdungsstrategie von Regierung und Medien gegen unsere Proteste gehört nicht nur der Medienboykott gegenüber der Unterstützung der Montagsdemos durch ehemalige DDR-Bürgerrechtler. Eine weitere Diskreditierungstaktik besteht in der Verleumdung, die politische Unzufriedenheit in Ostdeutschland mit der heutigen Gesellschaft pauschal als antidemokratische Gesinnung auszulegen. Zweifellos sind Zuläufe für Neofaschisten sehr beunruhigend. Doch ausgeblendet wird von Politikern und Medien, dass die große Mehrheit der Menschen in Ostdeutschland allen Grund hat zu politischer Unzufriedenheit mit diesem Staat und diesem Gesellschaftssystem. Und dass eben dies auch der vom bundesdeutschen Establishment politisch zu verantwortende Erfahrungshintergrund der Menschen ist, an dem die antidemokratische Agitation von Faschisten anknüpfen kann.

Zwischen dem Sturz der SED-Diktatur und der Machtübernahme durch das westdeutsche Establishment war die DDR „das freieste Land der Welt“. Auf den Straßen und in den Betrieben hatten wir defacto demokratische Rechte erobert, die hernach wieder auf das westdeutsche Maß der Kapitalherrschaft zurückgeschraubt wurden. In etlichen Betrieben hatten demokratische Belegschaftsvertretungen im Jahre 1990 praktisch über den Eigentümerwechsel, über das Produktionsprofil der Betriebe oder das Management in einem Ausmaß mitentschieden, wie es heute unvorstellbar ist. Wir hatten ein Wahlgesetz ohne Fünf-Prozent-Klausel, dass die Teilnahme von Bürgerbewegungen erlaubte und rechtsradikale Parteien nicht zuließ. Und: 1990 hatten wir die freiesten Massenmedien. Heute sind sie vom Neoliberalismus fast schon wieder so gleichgeschaltet, wie zuvor von der SED. Diese kurzzeitige Freiheitserfahrung, wenn sie auch durch die damalige wirtschaftliche, soziale und ideologische Krise nur beschränkt war, als wir sowohl ohne die Macht von stalinistischer Politbürokratie als auch ohne die des Kapitals lebten, wird uns systematisch weggeredet. Denn in einer solchen Gesellschaft liegt auch der Ausweg aus heutiger Bedrängnis in eine freiheitliche und

soziale Zukunft. Unsere Unterwerfung unter das westdeutsche Establishment wurde dazu benutzt, praktisch schon erkämpfte Freiheiten wieder abzuschaffen und demokratische wie soziale Rechte und Freiheiten für die Mehrheiten in ganz Deutschland zurück zu drehen. Diese Art und Weise der Vereinigung war eine reaktionäre Alternative zu einem gleichberechtigten demokratischen, sozialen und ökologisch-orientierten „Aufeinanderzureformieren“ beider Teile Deutschlands, die mehr demokratische und soziale Rechte für die „kleinen Leute“ gesichert hätte, wie sie der Runde Tisch in seiner Sozialcharta zur deutschen Einheit gefordert und in seinem Verfassungsentwurf für eine demokratische DDR niedergelegt hatte.

Seit dem Anschluss der DDR hat das Establishment auf fast allen Gebieten den reaktionären Rückwärtsgang eingeschaltet. Entgegen der Bundesverfassung steht die Bundeswehr in fernen Ländern, soziale und demokratische Rechte, wie das Demonstrationsrecht oder die Medienfreiheit werden zurückgeschraubt, während der Überwachungsstaat überall voran schreitet.

Privatisierung und Deregulierung sollten die privatwirtschaftliche Grundlage für blühende Landschaften im Osten bringen. Vom Steuerzahler bezahlte beleuchtete Wiesen haben wir bekommen. Die Mehrheit der Ostdeutschen hatte sich eine Sanierung der Industrie durch westdeutsche Investoren erhofft. Seit 1991 hat sie mit der Zerstörung der industriellen Lebensgrundlagen, mit der folgenden Massenerwerbslosigkeit und der immer weiter umsichgreifenden Einschränkung sozialer Rechte die praktische Erfahrung sammeln müssen, die die meisten Menschen im Westen auf andere Weise erfahren haben, nämlich, dass entgegen der Versprechungen politischer Phrasenhelden über die Segnungen der westlichen Welt der und die Einzelne heute so wenig Einfluss auf die Grundrichtungen der gesellschaftlichen Entwicklung haben, wie unter der SED-Diktatur. Es sind gerade jene Erwartungen von 1989 an eine reale Demokratie, die mit einer Praxis von Scheindemokratie konfrontiert worden sind, in der sich die, den Ostdeutschen so wichtigen und von ihnen selbst erkämpften, demokratischen Rechte in Wahrheit doch nur als Fassade einer modernen Klassenherrschaft erwiesen haben, in der

das große Kapital regiert, welche Partei auch immer in der Regierung sitzen mag. Es ist diese dem „einfachen Volk“ entfremdete und der Klasse der Reichen untergeordnete, eng beschränkte Gestalt von Demokratie, in der die Weichen der Entwicklung undemokratisch gestellt werden, die zu Recht Wut und Empörung hervorruft. Das heutige Gesellschaftssystem hat sich für die meisten Ostdeutschen als ebenso verlogen und verdorben erwiesen, wie das der SED-Diktatur, als ein System, in dem Lügner, Betrüger und Diebe herrschen.

Grundrechte im Verfassungsentwurf des Runden Tisches, wie das Recht auf Arbeit oder Arbeitsförderung, Wohnraum oder die Diskriminierungsfreiheit von Frauen oder Behinderten, die einklagbar festgelegt wurden, oder die vom Runden Tisch verabschiedete Sozialcharta zur deutschen Einheit bleiben ein demokratisches und soziales Vermächtnis dieser demokratischen Revolution. Ihrer gilt es sich heute ebenso wieder zu erinnern wie der im Herbst 1989 allenthalben eingeforderten, aber immer noch uneingelösten Basisdemokratie.

Im Interesse einer realen sozialen Demokratie sollten wir selbstbewusst wieder jenen historischen Faden von vor 15 Jahren aufnehmen, mit den in Westdeutschland seit 1968 geführten Alternativ-Debatten verbinden und in die öffentliche Diskussion über gesellschaftliche Alternativen zum heutigen Sozial- und Demokratieabbau einbringen. Das ist eine notwendige und Ost wie West mit einander verbindende Aufgabe, die unserem Kampf gegen die unsoziale Politik des Establishments eine langfristige und dauerhafte Perspektive zu geben vermag. Und sie ist um so notwendiger, als es sich heute nicht nur darum handelt, eine solche Demokratie in Deutschland zu verwirklichen, sondern in ganz Europa, da man den Völkern im Rahmen der EU jene sozialen und demokratischen Rechte raubt, die sie sich in den einzelnen Ländern mühsam erkämpft hatten.

In diesem Sinne: Reden wir also wieder über einen anderen Systemwechsel, als über die heute von herrschender Politik und Medien sooft beschworenen Privatisierungsorgien, reden wir wieder über einen Systemwechsel im Interesse der Mehrheiten, reden wir wieder über „Mehr Demokratie wagen!“, über eine Basisdemokratie und vor allem, über eine de-

demokratische Kontrolle der Wirtschaft durch die Mehrheiten unserer Gesellschaft. Mögen die Herrschaften im Arbeitgeberverband das ruhig als Drohung begreifen.

Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht! Weg mit Hartz IV, das Volk sind wir!

**Bernd Gehrke** (Anti-Hartz-Bündnis Berlin)

---

## NEWS zur Agenda 2010

### Schönschwätzer - Ost-Unternehmerverbände warnen vor »Miesmacherei« und »demagogischen Protesten«

Offensichtlich als Reaktion auf die seit Wochen andauernden Proteste gegen die »Hartz IV«-Gesetze, sind die großen Wirtschaftsverbände Ostdeutschlands am Dienstag mit einem Aufruf mit dem Titel »Gemeinsam Deutschland voranbringen« an die Öffentlichkeit getreten. Der Aufruf war an Pathos und Substanzlosigkeit kaum zu übertreffen. Walter Botschatzki, Präsident der Wirtschaft Thüringens e.V. und Vizepräsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), fiel die Aufgabe zu, den Aufruf vorzustellen. Er sehe mit großer Sorge, wie die Verunsicherung vieler Menschen in den neuen Ländern »politisch mißbraucht« werde. Gleichzeitig werde die »enorme Aufbauleistung« kleingeredet, die im Osten vollbracht wurde. »Besonders beschämend« sei dabei, »daß an der Spitze der Protestbewegung vor allem die politischen Erben jener extrem linken und rechten Kräfte stehen, die den Staatsbankrott der DDR-Diktatur und die jetzige schwierige wirtschaftliche Lage in Ostdeutschland wesentlich selbst zu verantworten haben.«

(Quelle: Junge Welt)

### Stromkonzerne verdienen sich dumm und dämlich 1

Die vier großen deutschen Energiekonzerne, haben ihre Betriebsergebnisse bereits in den ersten sechs Monaten dieses Jahres kräftig gesteigert. So konnte der Essener RWE-Konzern sein Nettoergebnis um 23 Prozent auf 1,36 Milliarden Euro steigern. Beim Eon-Konzern stieg das Ergebnis im Kerngeschäft Energie um 25 Prozent auf 3,9 Milliarden Euro. Beim Vattenfall Europe-Verbund kletterte der Gewinn um 41 Millionen Euro auf 146 Millionen Euro.

(Quelle: Berliner Zeitung)